



Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Aufarbeitung von Medikamentenmissbrauch in der Pflege – Lehren aus den Oberpfalz-Fällen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention nach Abschluss aller rechtlichen Verfahren über die jüngsten Fälle von mutmaßlichem Medikamentenmissbrauch und unbefugter Medikamentengabe in ambulanten Pflegeeinrichtungen in Bayern, bei denen mehrere Senioren zu Tode kamen, zu berichten.

Begründung:

Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz und das Wohlergehen ihrer Bewohner. Die jüngst bekannt gewordenen Vorfälle in der Oberpfalz, bei denen mehreren alten und hilflosen Menschen mutmaßlich ohne ärztliche Anordnung starke Schmerz- und Betäubungsmittel (darunter Fentanyl und Morphin) verabreicht wurden, machen erneut deutlich, dass bestehende Kontroll- und Schutzmechanismen in der Pflege unzureichend sein könnten.

Bereits im April 2024 zeigte der AOK-Report, dass Menschen in Pflegeheimen häufig dauerhaft angstlösende Mittel erhalten. Diese Erkenntnisse aus dem vergangenen Jahr machen deutlich, dass Medikamentenmissbrauch in der Pflege kein Einzelfall, sondern ein systemisches Problem ist, das dringend aufgearbeitet werden muss. Eine angemessene Versorgung der älteren Generation muss jederzeit gewährleistet sein.

Pflegebedürftige Menschen befinden sich in einer besonderen Schutzsituation. Sie sind auf die Integrität, Sorgfalt und fachgerechte Betreuung des Personals angewiesen und können sich oft nicht selbst verteidigen. Die aktuellen Anschuldigungen gegen Pflegekräfte, insbesondere die nicht autorisierte Gabe potenziell lebensgefährlicher Medikamente mit teils tödlichem Ausgang, stellen das gesamte Kontrollsystem der ambulanten Pflege in Frage. Die Vorfälle verdeutlichen, dass die aktuellen Kontrollsysteme nicht ausreichen, um Medikamentenmissbrauch wirkungsvoll zu verhindern. Besonders ältere Menschen sind anfälliger für Nebenwirkungen und Medikamentenmissbrauch. Schon kleinste Fehler bei der Medikamenteneinnahme und die Nichteinhaltung der verordneten Dosierung können gravierende gesundheitliche Folgen haben.

Um das Vertrauen in die pflegerische Versorgung nachhaltig zu sichern, braucht es eine systematische, transparente und unabhängige Aufarbeitung der Geschehnisse. Es darf keine Unsicherheiten und unbeantwortete Fragen geben, die Zweifel an der Sicherheit der Pflege aufkommen lassen. Daher ist es von höchster Bedeutung, die Kontrolle der Arzneimittelabgabe in Pflegeheimen zu intensivieren. Allein der AOK-Report 2024 forderte bereits eine strengere Kontrolle und Transparenz bei der Medikamentengabe in Pflegeeinrichtungen. Nur durch regelmäßige und sorgfältige Kontrollen können mögliche Unregelmäßigkeiten frühzeitig erkannt und behoben werden. Dies gewährleistet

nicht nur die Sicherheit der älteren Generation, sondern auch Vertrauen, Transparenz und Verantwortlichkeit im Pflegeheimumfeld.¹

¹ Prozessauftakt: Verteidiger in Prozess gegen Pflegekräfte: Kein Mordversuch | STERN.de